

## 1061 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Ausgedruckt am 14. 6. 1993

# Regierungsvorlage

## Anpassungsprotokoll zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofes samt Vereinbarter Niederschrift

### ANPASSUNGSPROTOKOLL ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DEN EFTA-STAA- TEN ZUR ERRICHTUNG EINER ÜBER- WACHUNGSBEHÖRDE UND EINES GE- RICHTSHOFES

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH,  
DIE REPUBLIK FINNLAND,  
DIE REPUBLIK ISLAND,  
DAS FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN,  
DAS KÖNIGREICH NORWEGEN UND  
DAS KÖNIGREICH SCHWEDEN,

IN ANBETRACHT der Tatsache, daß das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, nachstehend „das EWR-Abkommen“ genannt, am 2. Mai 1992 in Porto unterzeichnet wurde;

IN ANBETRACHT der Tatsache, daß das Abkommen zwischen den EFTA Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofes, nachstehend „das Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommen“ genannt, am 2. Mai 1992 in Porto unterzeichnet wurde;

IN ANBETRACHT des zu Tage getretenen Umstandes, daß einer der Unterzeichner des EWR-Abkommens, nämlich die Schweizerische Eidgenossenschaft, nicht in der Lage ist, das EWR-Abkommen und das Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommen zu ratifizieren und daß diese Abkommen daher auf die Schweiz nicht anzuwenden sind;

IN ANBETRACHT der Tatsache, daß ein Anpassungsprotokoll zum EWR-Abkommen am gleichen Tag wie dieses Protokoll unterzeichnet wird;

IN ANBETRACHT der Tatsache, daß ein neuer Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommens festgelegt werden muß;

IN ANBETRACHT des Umstandes, daß das Inkrafttreten des Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommens für das Fürstentum Liechtenstein besondere Bestimmungen erfordert;

IN ANBETRACHT der Notwendigkeit mehrerer Anpassungen des Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommens, die sich daraus ergibt, daß die Schweiz nicht ratifiziert hat;

HABEN BESCHLOSSEN, folgendes Protokoll zu schließen:

#### Artikel 1

1. Das Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommen, angepaßt durch dieses Protokoll, tritt an jenem Tag in Kraft, an dem dieses Protokoll in Kraft tritt, und zwar zwischen der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Königreich Norwegen und dem Königreich Schweden.

2. Für das Fürstentum Liechtenstein tritt das Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommen, angepaßt durch dieses Protokoll, am selben Tag in Kraft, an dem das EWR-Abkommen für Liechtenstein in Kraft tritt, sofern von den Unterzeichnern dieses Protokolls ein entsprechender Beschluß zur Regelung der Anwendung auf Liechtenstein von solchen Beschlüssen und sonstigen Maßnahmen gefaßt wurde, die auf der Grundlage des Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommens ergangen sind.

#### Artikel 2

1. Da die Schweiz, die das Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommen nicht ratifiziert hat, nicht Vertragspartei dieses Abkommens ist, entfällt in seiner Präambel der Hinweis auf „DIE SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT“ als eine der Vertragsparteien.

2

1061 der Beilagen

2. Artikel 1 b des Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommens erhält folgende Fassung.

„EFTA-Staat die Republik Österreich, die Republik Finnland, die Republik Island, das Königreich Norwegen, das Königreich Schweden sowie, unter den in Artikel 1 Absatz 2 des Anpassungsprotokolls zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs festgelegten Voraussetzungen, das Fürstentum Liechtenstein.“

3. Das Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommen wird ferner gemäß den Artikeln 3—8 dieses Protokolls angepaßt.

### Artikel 3

Artikel 7 Absatz 1 erhält folgende Fassung.

„Die EFTA-Überwachungsbehörde besteht aus fünf Mitgliedern, die auf Grund ihrer allgemeinen Befähigung ausgewählt werden und volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten müssen.“

### Artikel 4

Artikel 28 erhält folgende Fassung:

#### „Artikel 28

Der EFTA-Gerichtshof besteht aus fünf Richtern.“

### Artikel 5

Wenn das Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommen für Liechtenstein in Kraft tritt, werden die Zahl der Mitglieder der EFTA-Überwachungsbehörde und die Zahl der Richter des EFTA-Gerichtshofs erhöht.

### Artikel 6

Artikel 29 erhält folgende Fassung:

#### „Artikel 29

Der EFTA-Gerichtshof tagt in Vollsitzungen. Entscheidungen des Gerichtshofs sind nur dann gültig, wenn eine ungerade Zahl seiner Mitglieder an den Beratungen mitgewirkt hat. Entscheidungen des Gerichtshofs sind gültig, wenn mindestens drei Richter daran mitgewirkt haben. Auf Ersuchen des Gerichtshofs können ihm die Regierungen der EFTA-Staaten im Einvernehmen die Einrichtung von Kammern gestatten.“

### Artikel 7

Artikel 30 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Alle drei Jahre findet eine teilweise Neubesetzung der Richterstellen statt. Sie betrifft abwechselnd je zwei und drei Richter. Die zwei Richter, die nach den ersten drei Jahren zu ersetzen sind, werden durch das Los bestimmt.“

### Artikel 8

Artikel 53 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„3. Dieses Abkommen tritt zu dem Zeitpunkt und unter den Bedingungen in Kraft, die im Anpassungsprotokoll zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs vorgesehen sind.“

### Artikel 9

1. Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in englischer, finnischer, deutscher, isländischer, norwegischer und schwedischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

2. Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation durch die Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften:

Es wird bei der Regierung von Schweden hinterlegt; diese übermittelt den anderen Vertragsparteien eine beglaubigte Abschrift.

Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung von Schweden hinterlegt; diese notifiziert die anderen Vertragsparteien davon.

3. Dieses Protokoll tritt am 1. Juli 1993 in Kraft, vorausgesetzt, daß alle in Artikel 1 Absatz 1 genannten Vertragsparteien dieses Protokolls ihre Ratifikationsurkunden zum Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommen und zu diesem Protokoll vor diesem Datum hinterlegt haben. Nach diesem Datum tritt dieses Protokoll zu dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem das EWR-Abkommen in Kraft tritt oder zu dem alle Ratifikationsurkunden zum Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommen und zu diesem Protokoll der in Artikel 1 Absatz 1 dieses Protokolls genannten Vertragsparteien hinterlegt worden sind, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

4. Für Liechtenstein tritt dieses Protokoll zum selben Zeitpunkt in Kraft, zu dem das EWR-Abkommen für Liechtenstein in Kraft tritt, vorausgesetzt, daß Liechtenstein seine Ratifikationsurkunden zum Überwachungs- und Gerichtshof-Abkommen und zu diesem Protokoll hinterlegt hat und unter den Voraussetzungen des Artikels 1 Absatz 2 dieses Protokolls.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Protokoll gesetzt.

GESCHEHEN zu Brüssel am 17. März 1993. Die Regierung von Schweden übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und Staaten, die dem Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs beitreten, eine beglaubigte Abschrift.

#### VEREINBARTE NIEDERSCHRIFT

Die Unterzeichner sind wie folgt übereingekommen:

#### Zu Protokoll 4

Im Zusammenhang mit den Begriffen „EFTA-weite Bedeutung“ und „EFTA-Unternehmen“ bezieht sich der Ausdruck „EFTA“ auf jene EFTA-Staaten, für die das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs in Kraft getreten ist.

GESCHEHEN zu Brüssel am 17. März 1993 in einer Urschrift in deutscher, englischer, finnischer, isländischer, norwegischer und schwedischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Die Urschrift wird bei der Regierung von Schweden hinterlegt. Diese übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und Staaten, die dem Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs beitreten, eine beglaubigte Abschrift.

### PROTOCOL ADJUSTING THE AGREEMENT BETWEEN THE EFTA STATES ON THE ESTABLISHMENT OF A SURVEILLANCE AUTHORITY AND A COURT OF JUSTICE

THE REPUBLIC OF AUSTRIA,  
THE REPUBLIC OF FINLAND,  
THE REPUBLIC OF ICELAND,  
THE PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN,  
THE KINGDOM OF NORWAY AND  
THE KINGDOM OF SWEDEN,

WHEREAS the Agreement on the European Economic Area, hereinafter referred to as the EEA Agreement, was signed in Oporto on 2 May 1992;

WHEREAS the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice, hereinafter referred to as the Surveillance and Court Agreement, was signed in Oporto on 2 May 1992;

WHEREAS it has become clear that one of the Signatories to the EEA Agreement, the Swiss Confederation, is not in a position to ratify the EEA Agreement or the Surveillance and Court Agreement and that therefore those Agreements will not apply to Switzerland;

WHEREAS a Protocol Adjusting the EEA Agreement is signed on the same day as this Protocol;

WHEREAS a new date for the entry into force of the Surveillance and Court Agreement has to be laid down;

WHEREAS special provisions are required for the entry into force of the Surveillance and Court Agreement as regards the Principality of Liechtenstein;

WHEREAS a number of adjustments to the Surveillance and Court Agreement are necessary as a consequence of the nonratification by Switzerland;

HAVE DECIDED to conclude the following Protocol:

#### Article 1

1. The Surveillance and Court Agreement, as adjusted by this Protocol, shall enter into force on the date of entry into force of this Protocol, between the Republic of Austria, the Republic of Finland, the Republic of Iceland, the Kingdom of Norway and the Kingdom of Sweden.

2. As regards the Principality of Liechtenstein, the Surveillance and Court Agreement, as adjusted by this Protocol, shall enter into force on the same day as the EEA Agreement enters into force for Liechtenstein and provided that the appropriate decision has been taken by the Signatories to this Protocol regarding the application to Liechtenstein of decisions and other measures taken under the Surveillance and Court Agreement.

#### Article 2

1. Since the Swiss Confederation following its nonratification of the Surveillance and Court Agreement is not a Contracting Party thereto, the reference in the preamble to the Agreement to "THE SWISS CONFEDERATION" as one of the Contracting Parties shall be deleted.

2. Article 1 (b) of the Surveillance and Court Agreement shall be replaced by the following:

"the term 'EFTA States' means the Republic of Austria, the Republic of Finland, the Republic of Iceland, the Kingdom of Norway and the Kingdom of Sweden and, under the conditions laid down in Article 1 (2) of the Protocol Adjusting the Agree-

4

1061 der Beilagen

ment between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice, the Principality of Liechtenstein.”

3. The Surveillance and Court Agreement shall be adjusted further in accordance with Articles 3 to 8 of this Protocol.

#### Article 3

The first paragraph of Article 7 shall be replaced by the following:

“The EFTA Surveillance Authority shall consist of five members, who shall be chosen on the grounds of their general competence and whose independence is beyond doubt.”

#### Article 4

Article 28 shall be replaced by the following:

#### “Article 28

The EFTA Court shall consist of five judges.”

#### Article 5

When the Surveillance and Court Agreement enters into force for Liechtenstein, the number of members of the EFTA Surveillance Authority and the number of judges of the EFTA Court shall be increased.

#### Article 6

Article 29 shall be replaced by the following:

#### “Article 29

The EFTA Court shall sit in plenary session. Decisions of the Court shall be valid only when an uneven number of its members is sitting in the deliberations. Decisions of the Court shall be valid if three members are sitting. At the request of the Court, the Governments of the EFTA States may, by common accord, allow it to establish chambers.”

#### Article 7

The second paragraph of Article 30 shall be replaced by the following:

“Every three years there shall be a partial replacement of the judges. Two and three judges shall be replaced alternately. The two judges to be replaced after the first three years shall be determined by lot.”

#### Article 8

Article 53 (3) shall be replaced by the following:

“3. This Agreement shall enter into force on the date and under the conditions provided for in the Protocol Adjusting the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice.”

#### Article 9

1. This Protocol is drawn up in a single original in the English, Finnish, German, Icelandic, Norwegian and Swedish languages, each of these texts being equally authentic.

2. This Protocol shall be ratified by the Contracting Parties in accordance with their respective constitutional requirements.

It shall be deposited with the Government of Sweden which shall transmit certified copies to all the other Contracting Parties.

The instruments of ratification shall be deposited with the Government of Sweden which shall notify all the other Contracting Parties.

3. This Protocol shall enter into force on 1 July 1993, provided that the EEA Agreement enters into force on that date and provided that all the Contracting Parties referred to in Article 1 (1) of this Protocol have deposited their instruments of ratification of the Surveillance and Court Agreement and of this Protocol before that date. After that date, this Protocol shall enter into force on the date the EEA Agreement enters into force or when all instruments of ratification of the Surveillance and Court Agreement and of this Protocol have been deposited by all the Contracting Parties referred to in Article 1 (1) of this Protocol, whichever date is the later.

4. As regards Liechtenstein, this Protocol shall enter into force on the same date as the EEA Agreement enters into force for Liechtenstein, provided that Liechtenstein has deposited its instruments of ratification of the Surveillance and Court Agreement and of this Protocol, and under the conditions laid down in Article 1 (2) of this Protocol.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned plenipotentiaries, being duly authorized thereto, have signed this Protocol.

DONE at Brussels, this 17<sup>th</sup> day of March 1993. The depositary shall transmit certified copies to all Signatory States and States acceding to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice.

**AGREED MINUTE**

The Signatories agreed that:

**Ad Protocol 4**

As regards the terms "EFTA dimension" and "EFTA undertakings", the word "EFTA" refers to those EFTA States for which the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice has entered into force.

DONE at Brussels, this 17<sup>th</sup> day of March 1993, in a single original in the English, Finnish, German, Icelandic, Norwegian and Swedish languages, each of these texts being equally authentic. It shall be deposited with the Government of Sweden which shall transmit certified copies to all Signatory States and States acceding to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice.

**PÖYTÄKIRJA VALVONTAVIRANOMAI-  
SEN JA TUOMIOISTUIMEN PERUSTA-  
MISESTA TEHDYN EFTA-VALTIOIDEN  
SOPIMUKSEN TARKISTAMISESTA**

ISLANNIN TASAVALTA,  
ITÄVALLAN TASAVALTA,  
LIECHTENSTEININ RUHTINASKUNTA,  
NORJAN KUNINGASKUNTA,  
RUOTSIN KUNINGASKUNTA SEKÄ  
SUOMEN TASAVALTA, jotka katsovat, että

• Euroopan talousalueesta tehty sopimus, jäljem-  
pänä "ETA-sopimus", allekirjoitettiin Portossa 2  
päivänä toukokuuta 1992,

valvontaviranomaisen ja tuomioistuimen perusta-  
misesta tehty EFTA-valtioiden sopimus, jäljem-  
pänä "valvonta- ja tuomioistuin sopimus", allekirjoitettiin  
Portossa 2 päivänä toukokuuta 1992,

on käynyt selväksi, että yksi ETA-sopimuksen  
allekirjoittaneista, Sveitsin valaliitto, ei voi ratifioida  
ETA-sopimusta eikä valvonta- ja tuomioistuin sopi-  
musta ja että näitä sopimuksia ei tämän vuoksi  
sovelleta Sveitsiin,

ETA-sopimuksen tarkistamisesta tehty pöytäkirja  
allekirjoitetaan samana päivänä kuin tämä pöytä-  
kirja,

on määrättävä valvonta- ja tuomioistuin sopimuk-  
sen uudesta voimaantulopäivästä,

tarvitaan erityismääräykset valvonta- ja tuomio-  
istuin sopimuksen voimaantulosta Liechtensteinin  
ruhtinaskunnan osalta, ja

valvonta- ja tuomioistuin sopimukseen on  
tarpeen tehdä joukko tarkistuksia, koska Sveitsi ei  
ole ratifioinut sopimuksia,

OVAT PÄÄTTÄNEET tehdä seuraavan pöytä-  
kirjan:

**1 artikla**

1. Valvonta- ja tuomioistuin sopimus, sellaisena  
kuin se on tarkistettuna tällä pöytäkirjalla, tulee  
Islannin tasavallan, Itävallan tasavallan, Norjan  
kuningaskunnan, Ruotsin kuningaskunnan ja Suo-  
men tasavallan välillä voimaan tämän pöytäkirjan  
voimaantulopäivänä.

2. Liechtensteinin ruhtinaskunnan osalta val-  
vonta- ja tuomioistuin sopimus, sellaisena kuin se on  
tarkistettuna tällä pöytäkirjalla, tulee voimaan  
samana päivänä kuin ETA-sopimus tulee Liechten-  
steinin osalta voimaan, jos tämän pöytäkirjan  
allekirjoittaneet ovat tehneet aiheellisen päätöksen  
valvonta- ja tuomioistuin sopimuksen nojalla tehty-  
jen päätösten ja muiden sen nojalla toteutettujen  
toimenpiteiden soveltamisesta Liechtensteiniin.

**2 artikla**

1. Koska Sveitsin valaliitto ei ole ratifioinut  
valvonta- ja tuomioistuin sopimusta eikä sen vuoksi  
ole mainitun sopimuksen sopimuspuoli, sopimuksen  
johdanto-osassa oleva viittaus SVEITSIN VALA-  
LIITTOON sopimuspuolena poistetaan.

2. Korvataan valvonta- ja tuomioistuin sopimuk-  
sen 1 artiklan b alakohta seuraavasti:

"ilmaisulla 'EFTA-valtiot' tarkoitetaan Islannin  
tasavaltaa, Itävallan tasavaltaa, Norjan kuningas-  
kuntaa, Ruotsin kuningaskuntaa ja Suomen tasaval-  
taa sekä valvontaviranomaisen ja tuomioistuimen  
perustamisesta tehdyn EFTA-valtioiden sopimuksen  
tarkistamisesta tehdyn pöytäkirjan 1 artiklan 2 koh-  
dassa määrätyn edellytyksin Liechtensteinin ruhti-  
naskuntaa".

3. Valvonta- ja tuomioistuin sopimusta tarkiste-  
taan lisäksi tämän pöytäkirjan 3—8 artiklan mukai-  
sesti.

**3 artikla**

Korvataan 7 artiklan ensimmäinen kohta seuraa-  
vasti:

"EFTAn valvontaviranomaisessa on viisi jäsentä,  
jotka valitaan heidän yleisen pätevyytensä perus-  
teella ja joiden riippumattomuus on kiistaton."

**4 artikla**

Korvataan 28 artikla seuraavasti:

**"28 artikla**

EFTAn tuomioistuimessa on viisi tuomaria."

**5 artikla**

Kun valvonta- ja tuomioistuin sopimus tulee  
Liechtensteinin osalta voimaan, EFTAn valvontavi-  
ranomaisen jäsenten ja EFTAn tuomioistuimen  
tuomareiden määrää lisätään.

**6 artikla**

Korvataan 29 artikla seuraavasti:

**"29 artikla**

EFTAn tuomioistuin kokoontuu täysistunnossa. Tuomioistuin voi tehdä päätöksiä pätevästi vain, kun käsittelyyn osallistuu pariton määrä tuomareita. Tuomioistuimen päätökset ovat päteviä, jos kolme tuomaria on läsnä. EFTA-valtioiden hallitukset voivat yhteisellä sopimuksella tuomioistuimen pyynnöstä antaa tuomioistuimen perustaa jaostoja."

**7 artikla**

Korvataan 30 artiklan toinen kohta seuraavasti:

"Osa tuomareista vaihtuu joka kolmas vuosi. Tämä koskee vuoroin kahta ja vuoroin kolmea tuomaria. Arvalla ratkaistaan, ketkä kaksi tuomaria vaihtuvat ensimmäisten kolmen vuoden kuluttua."

**8 artikla**

Korvataan 53 artiklan 3 kohta seuraavasti:

"3. Tämä sopimus tulee voimaan valvontaviranomaisen ja ruomioistuimen perustamisesta tehdyn EFTA-valtioiden sopimuksen tarkistamisesta tehdystä pöytäkirjassa määrättyä päivänä ja siinä määrättyin edellytyksin."

**9 artikla**

1. Tämä pöytäkirja laaditaan yhtenä kappaleena englannin, islannin, norjan, ruotsin, saksan ja suomen kielellä jokaisen tekstin ollessa yhtä rodistusvoimainen.

2. Sopimuspuolet ratifioivat tämän pöytäkirjan valtiosääntönsä asettamien vaatimusten mukaisesti.

Se talletetaan Ruotsin hallituksen huostaan, joka toimittaa oikeiksi todistetut jäljennökset muille sopimuspuolille.

Ratifikointikirjat talletetaan Ruotsin hallituksen huostaan, joka ilmoittaa asiasta muille sopimuspuolille.

3. Tämä pöytäkirja tulee voimaan 1 päivänä heinäkuuta 1993, jos ETA-sopimus tulee voimaan mainittuna päivänä ja jos kaikki tämän pöytäkirjan 1 artiklan 1 kohdassa tarkoitetut sopimuspuolet ovat tallettaneet valvonta- ja tuomioistuin sopimuksen sekä tämän pöytäkirjan ratifikointikirjansa ennen mainittua päivää. Mainitun päivän jälkeen tämä pöytäkirja tulee voimaan päivänä, jona ETA-sopimus tulee voimaan, tai kun kaikki tämän pöytäkirjan 1 artiklan 1 kohdassa tarkoitetut sopimuspuolet ovat tallettaneet kaikki valvonta- ja tuomioistuin sopimuksen sekä tämän pöytäkirjan

ratifikointikirjat, sen mukaan, kumpi näistä päivästä on myöhempi.

4. Liechtensteinin osalta tämä pöytäkirja tulee voimaan, tämän pöytäkirjan 1 artiklan 2 kohdassa määrättyin edellytyksin, samana päivänä kuin ETA-sopimus tulee Liechtensteinin osalta voimaan, jos Liechtenstein on tallettanut valvonta- ja tuomioistuin sopimuksen sekä tämän pöytäkirjan ratifikointikirjansa.

TÄMÄN VAKUUDEKSI alla minitut täysivaltaiset edustajat, siihen asianmukaisesti valtuutettuina, ovat allekirjoittaneet tämän pöytäkirjan.

TEHTY Brysselissä 17 päivänä maaliskuuta 1993. Talteenottaja toimittaa oikeiksi todistetut jäljennökset kaikille allekirjoittajavaltioille ja valvontaviranomaisen ja tuomioistuimen perustamisesta tehtyyn EFTA-valtioiden sopimukseen liittyville valtioille.

**YHTEISESTI HYVÄKSYTTY  
PÖYTÄKIRJAMERKINTÄ**

Allekirjoittaneet ovat yhtä mieltä seuraavasta:

**Pöytäkirjan 4 osalta**

ilmaisuissa "EFTAn laajuinen" ja "EFTAn yritykset" sanalla "EFTA" tarkoitetaan niitä EFTA-valtioita, joiden osalta valvontaviranomaisen ja tuomioistuimen perustamisesta tehty EFTA-valtioiden sopimus on tullut voimaan.

TEHTY Brysselissä 17 päivänä maaliskuuta 1993, yhtenä kappaleena englannin, islannin, norjan, ruotsin, saksan ja suomen kielellä jokaisen tekstin ollessa yhtä todistusvoimainen. Se talletetaan Ruotsin hallituksen huostaan, joka toimittaa oikeiksi todistetut jäljennökset kaikille allekirjoittajavaltioille ja valvontaviranomaisen ja tuomioistuimen perustamisesta tehtyyn EFTA-valtioiden sopimukseen liittyville valtioille.

**BÓKUN UM BREYTINGU Á SAMNINGNUM MILLI EFTA-RÍKJANNA UM STOFNUN EFTIRLITSSTOFNUNAR OG DÖMSTÓLS**

LÝÐVELDIÐ AUSTURRÍKI,  
LÝÐVELDIÐ FINNLAND,  
LÝÐVELDIÐ ÍSLAND,  
FURSTADÆMIÐ LIECHTENSTEIN,  
KONUNGRÍKIÐ NOREGUR OG  
KONUNGRÍKIÐ SVÍPJÓÐ,

ÞAR EÐ samningurinn um Evrópska efnahagssvæðið, hér á eftir nefndur EES-samningurinn, var undirritaður í Óportó hinn 2. maí 1992;

PAR EÐ samningurinn milli EFTA-rikkjanna um stofnun eftirlitsstofnunar og dómstóls, hér á eftir nefndur samningurinn um eftirlitsstofnunina og dómstólinn, var undirritaður í Óportó hinn 2. maí 1992;

PAR EÐ ljóst er að einn undirritunaraðilanna að EES-samningnum, Ríkjasambandið Sviss, hefur ekki tók á að fullgilda EES-samninginn né samninginn um eftirlitsstofnunina og dómstólinn og því munu þessir samningar ekki gilda um Sviss;

PAR EÐ bókun um breytingu á EES-samningnum er undirrituð sama dag og bókun þessi;

PAR EÐ ákveða þarf nýjan gildistöku dag samningsins um eftirlitsstofnunina og dómstólinn;

PAR EÐ setja þarf sérstök ákvæði um gildistöku samningsins um eftirlitsstofnunina og dómstólinn að því er varðar Furstadæmið Liechtenstein;

PAR EÐ gera þarf nokkrar breytingar á samningnum um eftirlitsstofnunina og dómstólinn sökum þess að Sviss mun ekki fullgilda hann;

HAFNA ÁKVEÐIÐ AÐ gera eftirfarandi bókun:

#### 1. gr.

1. Samningurinn um eftirlitsstofnunina og dómstólinn, eins og honum er breytt með bókun þessari, skal öðlast gildi þann dag sem bókun þessi öðlast gildi milli Lýðveldisins Austurríkis, Lýðveldisins Finnlands, Lýðveldisins Íslands, Konungsríkisins Noregs og Konungsríkisins Svíþjóðar.

2. Að því er varðar Furstadæmið Liechtenstein skal samningurinn um eftirlitsstofnunina og dómstólinn, eins og honum er breytt með bókun þessari, öðlast gildi sama dag og EES-samningurinn öðlast gildi fyrir Liechtenstein og að því tilskildu að undirritunaraðilar bókunar þessarar hafi tekið viðeigandi ákvörðun um beitingu ákvarðana og annarra ráðstafana sem eru gerðar samkvæmt samningnum um eftirlitsstofnunina og dómstólinn gagnvart Liechtenstein.

#### 2. gr.

1. Þar eð Ríkjasambandið Sviss hefur ekki fullgilt samninginn um eftirlitsstofnunina og dómstólinn og er ekki aðili að honum skal tilvísun í inngangsorðunum að samningnum til „RÍKJASAMBANDSINS SVISS“ sem eins af samningsaðilunum felld niður.

2. Í stað b-liðar 1. gr. samningsins um eftirlitsstofnunina og dómstólinn komi eftirfarandi:

„hugtakið „EFTA-riki“ merkir Lýðveldið Austurríki, Lýðveldið Finnland, Lýðveldið Ísland, Konungsríkið Noregur, Konungsríkið Svíþjóð, og með þeim skilyrðum sem eru sett í 2. mgr. 1. gr. bókunarinnar um breytingu á samningnum um

stofnun eftirlitsstofnunar og dómstóls, Furstadæmið Liechtenstein.“

3. Samningnum um eftirlitsstofnunina og dómstólinn skal enn fremur breytt í samræmi við 3.—8. gr. bókunar þessarar.

#### 3. gr.

Eftirfarandi komi í stað fyrstu málsgreinar 7. gr.:

„Eftirlitsstofnun EFTA skulu skipa fimm eftirlitsfulltrúar sem skulu kosnir á grundvelli hæfni sinnar og vera sannanlega óháðir.“

#### 4. gr.

Eftirfarandi komi í stað 28. gr.:

#### „28. gr.“

EFTA-dómstólinn skipa fimm dómara.“

#### 5. gr.

Þegar samningurinn um eftirlitsstofnunina og dómstólinn öðlast gildi gagnvart Liechtenstein skal fjölga fulltrúum í eftirlitsstofnun EFTA og dómurum í EFTA-dómstólum.

#### 6. gr.

Eftirfarandi komi í stað 29. gr.:

#### „29. gr.“

EFTA-dómstóllinn skal starfa fullskipaður. Úrskurðir dómstólsins teljast einungis gildir ef tala dómara hans stendur á oddatölu við umfjöllun. Úrskurðir dómstólsins teljast gildir ef þrjú dómara taka þátt í umfjöllun. Ríkisstjórnir EFTA-rikkjanna geta, að beiðni dómstólsins, með samhljóða samkomulagi, heimilað honum að koma á fót deildum.“

#### 7. gr.

Eftirfarandi komi í stað annarrar málsgreinar 30. gr.:

„Skipa skal að nýju í hluta dómaraembættanna á þriggja ára fresti, Nýskipun tekur til tveggja og þriggja dómara á víxl. Velja skal þá tvo dómara sem skipt er um eftir fyrstu þriju árin með hlutkesti.“

#### 8. gr.

Eftirfarandi komi í stað 3. mgr. 53. gr.:

„3. Samningur þessi öðlast gildi þann dag og með þeim skilyrðum sem kveðið er á um í

bókuninni um breytingu á samningnum milli EFTA-ríkjanna um stofnun eftirlitsstofnunar og dómstóls.“

#### 9. gr.

1. Bókun þessi er gerð í einu frumriti á ensku, finnsku, íslensku, norsku, sænsku og þýsku og er hver þessara texta jafngildur.

2. Bókun þessi skal fullgilt auf samningsaðilum í samræmi við stjórnskipuleg skilyrði hvers um sig.

Henni skal komið í vörslu hjá ríkisstjórn Svíþjóðar sem skal senda hverjum hinna samningsaðilanna staðfest endurrit.

Fullgildingarskjölunum skal komið í vörslu hjá ríkisstjórn Svíþjóðar sem skal tilkynna öllum hinum samningsaðilunum um það.

3. Bókun þessi skal öðlast gildi 1. júlí 1993, að því tilskildu að EES-samningurinn öðlist gildi þann dag og að því tilskildu að allir samningsaðilarnir sem um getur í 1. mgr. 1. gr. bókunar þessarar hafi komið fullgildingarskjölum sínum vegna samningsins um eftirlitsstofnunina og dómstólinn og bókunar þessarar í vörslu fyrir þann dag. Eftir þann dag öðlast bókun þessi gildi daginn sem EES-samningurinn öðlast gildi eða þegar allir samningsaðilarnir sem um getur í 1. mgr. 1. gr. bókunar þessarar hafa komið öllum fullgildingarskjölum vegna samningsins um eftirlitsstofnunina og dómstólinn og bókunar þessarar í vörslu, eftir því hvor dagurinn er síðar.

4. Að því er Liechtenstein verðar skal bókun þessi öðlast gildi sama dag og EES-samningurinn öðlast gildi gagnvart Liechtenstein, að því tilskildu að Liechtenstein hafi komið fullgildingarskjölum sínum vegna samningsins um eftirlitsstofnunina og dómstólinn og bókunar þessarar í vörslu, og með þeim skilyrðum sem eru sett í 2. mgr. 1. gr. bókunar þessarar.

Þessu til staðfestu hafa undirritaðir fulltrúar, sem til þess hafa fullt umboð, undirritað bókun þessa.

GJÖRT í Brussel hinn 17. mars 1993. Vörsluaðili skal senda staðfest afrit til allra undirritunarríkja og ríkja sem gerast aðilar að samningnum milli EFTA-ríkjanna um stofnun eftirlitsstofnunar og dómstóls.

#### SAMPYKKT

Undirritunaraðilar hafa samþykkt eftirfarandi:

#### Vegna bókunar 4

Að því er verðar hugtökin „hagsmuni EFTA“ og „EFTA-fyrirtæki“ merkir orðið „EFTA“ þau

EFTA-ríki þar sem samningurinn milli EFTA-ríkjanna um stofnun eftirlitsstofnunar og dómstóls hefur öðlast gildi.

GJÖRT í Brussel hinn 17. mars 1993 í einu frumriti á ensku, finnsku, íslensku, norsku, sænsku og þýsku og er hver þessara texta jafngildur. Því skal komið í vörslu hjá ríkisstjórn Svíþjóðar sem skal senda staðfest afrit til allra undirritunarríkja og ríkja sem gerast aðilar að samningnum milli EFTA-ríkjanna um stofnun eftirlitsstofnunar og dómstóls.

#### PROTOKOLL OM JUSTERING AV AVTALEN MELLOM EFTA-STATENE OM OPPRETTELSE AV ET OVERVÅKNINGSORGAN OG EN DOMSTOL

REPUBLIKKEN ØSTERRIKE,  
REPUBLIKKEN FINLAND,  
REPUBLIKKEN ISLAND,  
FYRSTEDØMMET LIECHTENSTEIN,  
KONGERIKET NORGE OG  
KONGERIKET SVERIGE,

som tar i betraktning at:

Avtalen om Det europeiske økonomiske samarbeidsområde, heretter kalt EØS-avtalen, ble undertegnet i Oporto 2. mai 1992.

Avtalen mellom EFTA-statene om opprettelse av et overvåkningsorgan og en domstol, heretter kalt overvåkningsog domstolsavtalen, ble undertegnet i Oporto 2. mai 1992.

Det er blitt klart at det ikke vil være mulig for en av de stater som har undertegnet EØS-avtalen, Det sveitsiske edsforbund, å ratifisere EØS-avtalen og overvåknings- og domstolsavtalen, og at de nevnte avtaler derfor ikke vil få anvendelse for Sveits.

En protokoll om justering av EØS-avtalen blir undertegnet samme dag som denne protokoll.

Det må fastsettes et nytt ikrafttredelsestidspunkt for overvåknings- og domstolsavtalen.

Særlige bestemmelser er påkrevet for at overvåknings- og domstolsavtalen kan tre i kraft for Fyrstedømmet Liechtenstein.

En rekke justeringer i overvåknings- og domstolsavtalen er nødvendige som en følge av at Sveits ikke ratifiserer den —

HAR BESLUTTET å inngå følgende protokoll:

#### Artikkel 1

1. Overvåknings- og domstolsavtalen, justert ved denne protokoll, skal tre i kraft den dag denne protokoll trer i kraft, mellom Republikken Øster-



rike, Republikken Finland, Republikken Island, Kongeriket Norge og Kongeriket Sverige.

2. For Fyrstedømmet Liechtenstein skal overvåknings- og domstolsavtalen, justert ved denne protokoll, tre i kraft samme dag som EØS-avtalen trer i kraft for Liechtenstein, forutsatt at de stater som har undertegnet denne protokoll, har tatt den nødvendige beslutning med hensyn til å anvende for Liechtenstein beslutninger og andre tiltak som er truffet i medhold av overvåknings- og domstolsavtalen.

#### Artikkel 2

1. Ettersom Det sveitsiske edsforbund ikke er part i overvåknings- og domstolsavtalen som en følge av at det ikke ratifiserer den, utgår henvisningen i avtalens fortale til «DET SVEITSISKE EDSFORBUND» som en av avtalepartene.

2. Artikkel 1 bokstav b i overvåknings- og domstolsavtalen skal lyde: «EFTA-stater»: Republikken Østerrike, Republikken Finland, Republikken Island, Kongeriket Norge, Kongeriket Sverige og, på de vilkår som er fastsatt i artikkel 1 nr. 2 i protokollen om justering av avtalen mellom EFTA-statene om opprettelse av et overvåkningsorgan og en domstol, Fyrstendømmet Liechtenstein.»

3. Overvåknings- og domstolsavtalen skal videre justeres i samsvar med artikkel 3-8 i denne protokoll.

#### Artikkel 3

Artikkel 7 første ledd skal lyde:

«EFTAs overvåkningsorgan skal bestå av fem medlemmer valgt i kraft av sin innsikt, og hvis uavhengighet er uomtvistelig.»

#### Artikkel 4

Artikkel 28 skal lyde:

#### «Artikkel 28

EFTA-domstolen skal bestå av fem dommere.»

#### Artikkel 5

Når overvåknings- og domstolsavtalen trer i kraft for Liechtenstein, skal antall medlemmer i EFTAs overvåkningsorgan og antall dommere i EFTA-domstolen økes.

#### Artikkel 6

Artikkel 29 skal lyde:

#### «Artikkel 29

EFTA-domstolen skal holde forhandlingene i plenum. Domstolens avgjørelser skal være gyldige bare når et ulikt antall av dens medlemmer deltar i

rådslagningene og avstemningene. Domstolens avgjørelser skal være gyldige når tre medlemmer tar sete. På domstolens anmodning kan EFTA-statenes regjeringer ved felles overenskomst gi den tillatelse til å opprette interne avdelinger.»

#### Artikkel 7

Artikkel 30 annet ledd skal lyde:

«En delvis utskiftning av dommerne skal finne sted hvert tredje år. Den skal gjelde vekselvis to og tre dommere. De to dommere som skal fratre ved utløpet av den første treårsperiode, utpekes ved loddtrekning.»

#### Artikkel 8

Artikkel 53 nr. 3 skal lyde:

«3. Denne avtale skal tre i kraft på det tidspunkt og på de vilkår som er fastsatt i protokollen om justering av avtalen mellom EFTA-statene om opprettelse av et overvåkningsorgan og en domstol.»

#### Artikkel 9

1. Denne protokoll er utarbeidet i ett eksemplar på engelsk, finsk, islandsk, norsk, svensk og tysk, med samme gyldighet for hver av tekstene.

2. Denne protokoll skal ratifiseres av avtalepartene i samsvar med deres forfatningsregler.

Den skal deponeres hos Kongeriket Sveriges regjering, som skal sende bekreftede kopier til de øvrige avtaleparter.

Ratifikasjonsdokumentene skal deponeres hos Kongeriket Sveriges regjering, som skal underrette de øvrige avtaleparter.

3. Denne protokoll skal tre i kraft 1. juli 1993, forutsatt at EØS-avtalen trer i kraft på dette tidspunkt, og forutsatt at alle avtaleparter omhandlet i artikkel 1 nr. 1 i denne protokoll har deponert sitt ratifikasjonsdokument for overvåknings- og domstolsavtalen og for denne protokoll før dette tidspunkt. Etter dette tidspunkt skal denne protokoll tre i kraft den dag EØS-avtalen trer i kraft, eller når alle stater omhandlet i artikkel 1 nr. 1 i denne protokoll har deponert sitt ratifikasjonsdokument for overvåknings- og domstolsavtalen og for denne protokoll, dersom dette skjer senere.

4. For Liechtenstein skal denne protokoll tre i kraft samme dag som EØS-avtalen trer i kraft for Liechtenstein, forutsatt at Liechtenstein har deponert sitt ratifikasjonsdokument for overvåknings- og domstolsavtalen og for denne protokoll, og på de vilkår som er fastsatt i artikkel 1 nr. 2 i denne protokoll.

TIL BEKREFTRELSE PÅ DETTE har de undertegnede, som har behørig fullmakt til det, undertegnet denne protokoll.

UTFERDIGET i Brussel 17. mars 1993. Kongeriket Sveriges regering skal sende betrefte kopian til alle stater som har undertegnet denne protokoll, eller som tiltrer Avtalen mellom EFTA-statene om opprettelse av et overvåkningsorgan og en domstol.

#### OMFORENT MØTEREFERAT

De stater som har undertegnet protokollen, var enige om at:

#### Ad protokoll 4

I uttrykkene «EFTA-dimensjon» og «EFTA-foretak» menes med «EFTA» de EFTA-stater for hvilke avtalen mellom EFTA-statene om opprettelse av et overvåkningsorgan og en domstol er trådt i kraft.

UTFERDIGET i Brussel 17. mars 1993 i ett eksemplar på engelsk, finsk, islandsk, norsk, svensk og tysk, med samme gyldighet for hver av tekstene. Det skal deponeres hos Kongeriket Sveriges regering som skal sende bekreftede kopier til alle stater som har undertegnet dette omforente møtereferat, eller tiltrer Avtalen mellom EFTA-statene om opprettelse av et overvåkningsorgan og en domstol.

#### PROTOKOLL MED JUSTERINGAR AV AVTALET MELLAN EFTA-STATERNA OM UPPRÄTTANDE AV EN ÖVERVAKNINGSMYNDIGHET OCH EN DOMSTOL

REPUBLIKEN FINLAND,  
REPUBLIKEN ISLAND,  
FURSTENDÖMET LIECHTENSTEIN,  
KONUNGARIKET NORGE,  
KONUNGARIKET SVERIGE OCH  
REPUBLIKEN ÖSTERRIKE

SOM BEAKTAR att avtalet om Europeiska ekonomiska samarbetsområdet, härafter kallat EES-avtalet, undertecknades i Oporto den 2 maj 1992,

SOM BEAKTAR att avtalet mellan EFTA-staterna om upprättande av en övervakningsmyndighet och en domstol, härafter kallat övervakningsavtalet, undertecknades i Oporto den 2 maj 1992,

SOM BEAKTAR att et står klart att en av signatärerna av EES-avtalet, Schweiziska Edsför-

bundet, inte har möjlighet att ratificera EES-avtalet eller övervakningsavtalet och att dessa avtal därför inte kommer att bli tillämpliga på Schweiz,

SOM BEAKTAR att protokollet med justeringar av EES-avtalet har undertecknats samma dag som detta protokoll,

SOM BEAKTAR att ett nytt datum för övervakningsavtalets ikraftträdande måste fastställas,

SOM BEAKTAR att särskilda bestämmelser krävs för övervakningsavtalets ikraftträdande såvitt avser Furstendömet Liechtenstein,

SOM BEAKTAR att ett antal justeringar av övervakningsavtalet är nödvändiga till följd av att Schweiz inte ratificerar avtalet,

HAR BESLUTAT att komma överens om följande protokoll:

#### Artikel 1

1. Övervakningsavtalet, sådant det justerats genom detta protokoll, träder i kraft den dag som detta protokoll träder i kraft mellan Republiken Finland, Republiken Island, Konungariket Norge, Konungariket Sverige och Republiken Österrike.

2. Såvitt avser Furstendömet Liechtenstein träder övervakningsavtalet, sådant det justerats genom detta protokoll, i kraft samma dag som EES-avtalet träder i kraft beträffande Liechtenstein, under förutsättning att det nödvändiga beslutet har fattats av detta protokolls signatärer i fråga om tillämpningen på Liechtenstein av beslut som fattats och andra åtgärder som vidtagits enligt övervakningsavtalet.

#### Artikel 2

1. Eftersom Schweiziska Edsförbundet, till följd av att det inte ratificerar övervakningsavtalet, inte är part i avtalet, skall hänvisningen i avtalets ingress till "SCHWEIZISKA EDSFÖRBUNDET" som en av de avtalsslutande parterna utgå.

2. Artikel 1. b i övervakningsavtalet skall ersättas med följande:

"EFTA-stat" Republiken Finland, Republiken Island, Konungariket Norge, Konungariket Sverige och Republiken Österrike och, enligt villkoren i artikel 1.2 i protokollet med justeringar av avtalet mellan EFTA-staterna om upprättande av en övervakningsmyndighet och en domstol, Furstendömet Liechtenstein."

3. Övervakningsavtalet skall justeras ytterligare i enlighet med artikel 3—8 i detta protokoll.

#### Artikel 3

Artikel 7, första stycket, skall ersättas med följande:

"EFTA:s övervakningsmyndighet skall bestå av fem medlemmar, som skall utses på grundval av sin allmänna duglighet och vilkas oberoende inte kan ifrågasättas."

**Artikel 4**

Artikel 28 skall ersättas med följande:

**"Artikel 28**

EFTA-domstolen skall bestå av fem domare."

**Artikel 5**

När övervakningsavtalet träder i kraft i fråga om Liechtenstein skall antalet medlemmar av EFTA:s övervakningsmyndighet och antalet domare i EFTA-domstolen utökas.

**Artikel 6**

Artikel 29 skall ersättas med följande:

**"Artikel 29**

EFTA-domstolen skall sammanträda i plenum. Domstolens beslut skall vara giltiga endast om ett ojämnt antal av dess ledamöter är närvarande. Domstolens beslut skall vara giltiga om tre ledamöter är närvarande. På domstolens begäran får EFTA-staternas regeringar i samförstånd bemyndiga domstolen att inrätta avdelningar."

**Artikel 7**

Artikel 30, andra stycket, i övervakningsavtalet skall ersättas med följande:

"Ein partiell nytillsättning av domarna skall äga rum vart tredje år. Den skall gälla omväxlande två och tre domare. De två domare som skall ersättas efter de första tre åren skall utses genom lotning."

**Artikel 8**

Artikel 53.3 skall ersättas med följande:

"3. Detta avtal träder i kraft den dag och på de villkor som föreskrivs i artikel 1 i protokollet med justeringar av avtalet mellan EFTA-staterna om upprättande av en övervakningsmyndighet och en domstol."

**Artikel 9**

1. Detta protokoll är upprättat i ett enda original på engelska, finska, isländska, norska, svenska och tyska, vilka alla texter är lika giltiga.

2. Detta protokoll skall ratificeras av de avtalsslutande parterna i englighet med deras respektive konstitutionella bestämmelser.

Det skall deponeras hos Sveriges regering, som skall överlämna bestyrkta kopior till alla övriga avtalsslutande parter.

Ratifikationsinstrumenten skall deponeras hos Sveriges regering, som skall anmäla detta till alla övriga avtalsslutande parter.

3. Detta protokoll träder i kraft den 1 juli 1993, om EES-avtalet träder i kraft den dagen och under förutsättning att alla avtalsslutande parter som avses i artikel 1.1 i detta protokoll har deponerat sina ratifikationsinstrument beträffande övervakningsavtalet och detta protokoll före den dagen. Efter den dagen träder detta protokoll i kraft den dag EES-avtalet träder i kraft eller när alla ratifikationsinstrument beträffande övervakningsavtalet och detta protokoll har deponerats av alla de avtalsslutande parter som avses i artikel 1.1 i detta protokoll, beroende på vilken dag som inträffar senast.

4. Såvitt avser Liechtenstein träder detta protokoll i kraft samma dag som EES-avtalet träder i kraft beträffande Liechtenstein, under förutsättning att Liechtenstein har deponerat sina ratifikationsinstrument beträffande övervakningsavtalet och detta protokoll och på de villkor som anges i artikel 1.2 i detta protokoll.

TILL BEVIS HÄR PÅ har undertecknade befullmäktigade undertecknat detta protokoll.

SOM SKEDDE i Bryssel den 17 mars 1993. Sveriges regering skall överlämna bestyrkta kopior till alla signatärstater och stater som ansluter sig till avtalet mellan EFTA-staterna om upprättande av en övervakningsmyndighet och en domstol.

## ÖVERENSKOMMEN PROTOKOLLSANTECKNING

Signatärerna har enats om följande:

**I fråga om protokoll 4**

Vad gäller termerna "EFTA-dimension" och "EFTA-företag" hänför sig ordet "EFTA" till de EFTA-stater beträffande vilka avtalet mellan EFTA-staterna om upprättande av en övervakningsmyndighet och en domstol har trätt i kraft.

SOM SKEDDE i Bryssel den 17 mars 1993 i ett enda original på engelska, finska, isländska, norska, svenska och tyska, vilka alla texter är lika giltiga. Det skall deponeras hos Sveriges regering som skall överlämna bestyrkta kopior till alla signatärstater och stater som ansluter sig till avtalet mellan EFTA-staterna om upprättande av en övervakningsmyndighet och en domstol.

**VORBLATT****Problem:**

Nach der Abwendung der Schweiz vom EWR ist auch das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs, mit dem die diesbezüglichen, im EWR-Abkommen übernommenen Verpflichtungen durchgeführt werden, an die geänderten Verhältnisse anzupassen.

**Problemlösung:**

Abschluß des vorliegenden als „Anpassungsprotokoll“ bezeichneten Abkommens.

**Alternative:**

Soweit die Realisierung des EWR auf der Grundlage des einschlägigen Abkommens auch ohne die Schweiz angestrebt wird, keine.

**Kosten:**

Ausgehend von einschlägigen Haushaltsentwürfen wäre der österreichische Anteil an den Kosten der Überwachungsbehörde im Jahre 1993 mit rund sfr 5,7 Millionen sfr (rund 43,6 Millionen Schilling) und an den Kosten des Gerichtshofs mit rund sfr 1,4 Millionen (rund 10,7 Millionen Schilling) anzunehmen. Dies entspricht einem Anteil von rund 24,8% der Gesamtkosten. Bei einer Teilnahme der Schweiz am EWR hätte der österreichische Anteil rund 17,9% der Gesamtkosten betragen.

## Erläuterungen

### I. Allgemeiner Teil

1. Ebenso wie das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen, siehe 460 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen XVIII. GP) wurde auch das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs am 2. Mai 1992 in Porto unterzeichnet und von Österreich nach seiner parlamentarischen Genehmigung (siehe 583 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP) ratifiziert. Dieses Abkommen, mit dem die in Artikel 108 des EWR-Abkommens von den EFTA-Staaten übernommenen Verpflichtungen durchgeführt werden, ist ratifikationsbedürftig und verbindet darüber hinaus sein eigenes Inkrafttreten mit dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens.

2. Seit der Abwendung der Schweiz vom EWR wird von den anderen EFTA-Staaten und der EG-Seite das Inkrafttreten des EWR-Abkommens innerhalb eines nunmehr eingeschränkten Kreises von Vertragsparteien angestrebt. Mit dieser Zielsetzung wurde das Anpassungsprotokoll zum EWR-Abkommen verhandelt (siehe 1007 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP), das am 17. März 1993 in Brüssel unterzeichnet wurde und derzeit den jeweiligen Verfahren der Genehmigung oder Ratifikation unterliegt. Das Inkrafttreten des EWR-Abkommens in der Fassung seines Anpassungsprotokolls würde jedoch nicht ausreichen, um seinerseits auch das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs in Kraft zu setzen, solange die Ratifikationsklausel des letzteren auf alle ursprünglichen Unterzeichner abstellt und somit wegen der Abkehr der Schweiz vom EWR nicht durchgeführt werden kann.

3. Um das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs dennoch gemeinsam mit dem angepaßten EWR-Abkommen in Kraft treten zu lassen, bedarf es eines eigenen Anpassungsprotokolls, dh. eines zusätzlichen Vertragsinstruments, dessen wichtigste Regelung darin zu bestehen hat, das Inkrafttreten ohne die Schweiz zu bewirken (siehe im Besonderen Teil zu Artikel 1 Absatz 1 und

zu Artikel 8); wobei für Liechtenstein — wie im Anpassungsprotokoll zum EWR-Abkommen — eine Sonderregelung erforderlich ist (siehe unten im sechsten Absatz). Darüber hinaus können in diesem Zusammenhang die notwendigen institutionellen Änderungen, die sich aus der verringerten Zahl der Vertragsparteien ergeben (siehe im Besonderen Teil zu Artikel 3—7), sowie redaktionellen Anpassungen im Abkommenstext vorgenommen werden (siehe im Besonderen Teil zu Artikel 2 und zur Vereinbarten Niederschrift).

4. Das Anpassungsprotokoll zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs wurde von Österreich, den nordischen EFTA-Staaten und Liechtenstein gemeinsam mit den Anpassungsprotokollen zum Abkommen betreffend einen Ständigen Ausschuss der EFTA-Staaten (siehe 1062 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP) und zum Abkommen über einen Parlamentarischen Ausschuss der EFTA-Staaten (siehe 1063 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP) und gleichzeitig mit den Verhandlungen mit der EG-Seite über das Anpassungsprotokoll zum EWR-Abkommen ausgearbeitet. Die Unterzeichnung der drei EFTA-internen Anpassungsprotokolle fand in Brüssel am Tag der Unterzeichnung des Anpassungsprotokolls zum EWR-Abkommen, dh. am 17. März 1993 statt.

5. In den drei EFTA-internen Anpassungsprotokollen findet die gleiche rechtliche Vorgangsweise ihren Niederschlag wie im Anpassungsprotokoll zum EWR-Abkommen, nämlich die, daß die Mehrzahl der im unterzeichneten Vertragstext vorgesehenen Vertragsparteien eines unterzeichneten, aber mangels Erfüllung der betreffenden Voraussetzungen nicht in Kraft getretenen völkerrechtlichen Vertragsinstruments durch eine zusätzliche völkerrechtliche Willenserklärung das Inkrafttreten dieses Vertragsinstruments im Verhältnis untereinander beschließen und im unterzeichneten Vertragstext bestimmte Änderungen vornehmen. Das inhaltlich angepaßte Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs wird dadurch nicht zur bloßen Anlage des Anpassungsprotokolls, son-

den tritt als selbständiger völkerrechtlicher Vertrag in Kraft. Dies ergibt sich auch hier aus den Schlußbestimmungen des Anpassungsprotokolls; in denen vorgesehen ist (siehe im Besonderen Teil zu Artikel 9 Absatz 3), daß das in den Schlußbestimmungen des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs vorgesehene Ratifikationsverfahren von Österreich und den nordischen EFTA-Staaten durchgeführt wird, und zwar als Voraussetzung für das Inkrafttreten sowohl des Abkommens als auch des Anpassungsprotokolls, das ebenfalls einem Ratifikationsverfahren unterliegt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens ist für beide Vertragsinstrumente der gleiche. Sie gelten in der Folge nebeneinander, und zwar in unterschiedlicher Weise. Einerseits wird das Abkommen mit den durch das Anpassungsprotokoll vorgenommenen Änderungen in Kraft stehen, sodaß sich die Errichtung und die Funktion der EFTA-Überwachungsbehörde und des EFTA-Gerichtshofs auf das angepaßte Abkommen gründen wird (während das Anpassungsprotokoll nach dem Inkrafttreten beider Instrumente in dieser Hinsicht seine Aufgabe erfüllt hat). Andererseits wird das weitere Vorgehen hinsichtlich der Beteiligung Liechtensteins an der EFTA-Überwachungsbehörde und am EFTA-Gerichtshof unmittelbar durch das Anpassungsprotokoll geregelt:

6. Die Notwendigkeit einer Sonderregelung für Liechtenstein ergibt sich daraus, daß nach den Bestimmungen des Anpassungsprotokolls zum EWR-Abkommen Liechtenstein erst zu einem späteren Zeitpunkt als Österreich und die nordischen EFTA-Staaten, nach der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, am EWR teilnehmen wird. Da die Beteiligung Liechtensteins an der EFTA-Überwachungsbehörde und am EFTA-Gerichtshof erst ab dem Zeitpunkt seiner Teilnahme am EWR sinnvoll erscheint, war vorzusehen, daß für Liechtenstein das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs und sein Anpassungsprotokoll erst zu jenem Zeitpunkt in Kraft treten, zu dem auch das EWR-Abkommen für Liechtenstein in Kraft tritt (siehe im Besonderen Teil zu Artikel 9 Absatz 4). Eine weitere in diesem Zusammenhang vereinbarte Voraussetzung des Inkrafttretens für Liechtenstein besteht darin, daß sich Liechtenstein mit Österreich und den nordischen EFTA-Staaten darüber einigt, ob und in welchem Ausmaß die in der Zwischenzeit von der Überwachungsbehörde und vom Gerichtshof gefaßten Beschlüsse oder sonstige auf der Grundlage des betreffenden Abkommens ergangenen Maßnahmen auf Liechtenstein anzuwenden sind (siehe im Besonderen Teil zu Artikel 1 Absatz 2).

7. Ebenso wie das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs ist das Anpassungs-

protokoll hierzu gesetzändernd und Gesetzesergänzend und bedarf deshalb der Genehmigung des Nationalrats gemäß Artikel 50 Absatz 1 B-VG. Es hat keinen politischen Charakter und enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen. Das Anpassungsprotokoll ist zur unmittelbaren Anwendung geeignet, weshalb ein Beschluß gemäß Artikel 50 Absatz 2 B-VG nicht erforderlich ist. Es ist in englischer, finnischer, deutscher, isländischer, norwegischer und schwedischer Sprache authentisch; Gegenstand der parlamentarischen Genehmigung werden alle Sprachfassungen sein. Aus verwaltungsökonomischen Gründen wird jedoch bloß die deutsche Sprachfassung samt Erläuterungen in gedruckter Form vorgelegt. Die übrigen authentischen Sprachfassungen werden in je einem Exemplar zur Auflage in der Parlamentsdirektion zwecks allfälliger Einsichtnahme bereitgestellt (siehe § 23 Abs. 2 Geschäftsordnungsgesetz 1975).

8. Gemäß den Artikeln 47 und 48 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs sind die Kosten dieser beiden Einrichtungen von den EFTA-Staaten — dh. nunmehr von jenen EFTA-Staaten, die am EWR teilnehmen (siehe im Besonderen Teil zu Artikel 2) — gemäß einem einvernehmlich festgelegten Kostenschlüssel und auf der Grundlage gemeinsam erstellter Haushaltspläne zu tragen. Die Durchführung dieser Regelung setzt das Inkrafttreten des genannten Abkommens voraus, doch kann davon ausgegangen werden, daß das Verhältnis der Kostenanteile Österreichs und der größeren nordischen EFTA-Staaten zueinander dem Verhältnis ihrer Kostenanteile am Haushalt des EFTA-Sekretariats — zu dem auch die Schweiz beiträgt — entsprechen wird (hinsichtlich der Kostenanteile Islands und Liechtensteins ist die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen). Österreichs Anteil an den Kosten der EFTA-Überwachungsbehörde und des EFTA-Gerichtshofs wäre daher — je nach der Höhe der isländischen und liechtensteinischen Anteile — 24,74% oder 24,89% und somit der zweithöchste Anteil nach Schweden, das 35,85% oder 36,06% beitragen würde. Die dadurch von Österreich zu tragenden Kosten sind sicherlich höher, als sie im Falle der schweizerischen Teilnahme am EWR gewesen wären: So macht der österreichische Kostenanteil am Haushalt des EFTA-Sekretariats, das von der Schweiz mitgetragen wird, lediglich 17,91% aus.

Für das laufende Jahr 1993 wurden von Vertretern Österreichs, der nordischen EFTA-Staaten und Liechtensteins Haushaltsentwürfe für die Überwachungsbehörde und den Gerichtshof ausgearbeitet, die deshalb untypisch sind, weil sie einerseits von einer Aufnahme des Vollbetriebes erst im Laufe des Jahres ausgehen und andererseits bestimmte Auslagen der Errichtung erfassen, die in den folgenden Jahren nicht mehr anfallen sollten.

Diese Haushaltsentwürfe, die noch nicht genehmigt sind, sehen für die Überwachungsbehörde im Jahre 1993 Ausgaben von über 23 Millionen sfr und für den Gerichtshof Ausgaben von über 5,8 Millionen sfr vor. Bis zum Inkrafttreten des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs sind die für diese Einrichtungen getätigten Ausgaben als „Verwaltungsausgaben der Assoziation“ (dh. der EFTA) im Sinne von Artikel 34 lit. c des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (BGBl. Nr. 100/1960) anzusehen und die hierfür erforderlichen finanziellen Vorkehrungen gemäß der zitierten Bestimmung vom EFTA-Rat zu treffen.

Die personellen und administrativen Maßnahmen, die zu tätigen waren, um für den Zeitpunkt des Inkrafttretens des EWR-Abkommens die volle Funktionsfähigkeit der Überwachungsbehörde und des Gerichtshofs zu gewährleisten, wurden dementsprechend im Namen und gemäß den Verfahren der EFTA durchgeführt, wobei die betreffenden Rechtsverhältnisse (Dienstverträge, Bestandsverträge ua.) nach Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens auf die Überwachungsbehörde und auf den Gerichtshof überzuleiten sind. Ausgehend von den erwähnten Haushaltsentwürfen wäre der österreichische Anteil an den Kosten der Überwachungsbehörde im Jahre 1993 mit rund sfr 5,7 Millionen sfr (rund 43,6 Millionen Schilling) und an den Kosten des Gerichtshofs mit rund sfr 1,4 Millionen (rund 10,7 Millionen Schilling) anzunehmen.

Zur Durchführung der Vorbereitungen im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Überwachungsbehörde und des Gerichtshofs mit Inkrafttreten des EWR-Abkommens beschloß der EFTA-Rat in seiner Sitzung vom 26. November 1992 die Einhebung von à conto-Beiträgen für laufende Ausgaben, die auf die Anteile der EFTA-Staaten an den Haushalten der Überwachungsbehörde und des Gerichtshofs anzurechnen sind. Von Österreich wurden seither in diesem Zusammenhang Beiträge von sfr 2 721 400 (20 818 710 S) für die Überwachungsbehörde und von sfr 614 665 (4 702 187 S) für den Gerichtshof eingefordert.

## II. Besonderer Teil

### Zur Präambel

Hier wird auf die Vorgeschichte der Unterzeichnung des EWR-Abkommens und des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs, auf die Abkehr der Schweiz vom EWR und auf die Unterzeichnung des Anpassungsprotokolls zum EWR-Abkommen verwiesen. Ferner werden die mit dem vorliegenden Anpassungsprotokoll zu verwirk-

lichenden Anliegen angeführt (Festlegung eines neuen Zeitpunktes für das Inkrafttreten des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs, Sonderregelung für Liechtenstein, Anpassung des genannten Abkommens).

### Zu Artikel 1 und zu Artikel 8

Auf die in Artikel 1 Absatz 1 enthaltene Kernbestimmung über die Inkraftsetzung des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs „angepaßt durch dieses Protokoll“ zwischen Österreich und den nordischen EFTA-Staaten wurde bereits im dritten Absatz des Allgemeinen Teils eingegangen. Artikel 8 nimmt die Änderung der im unterzeichneten Text des genannten Abkommens als Artikel 53 Absatz 3 aufscheinenden Inkraftsetzungsbestimmung derart vor, daß nunmehr hinsichtlich des Zeitpunktes und der Voraussetzungen des Inkrafttretens auf das Anpassungsprotokoll verwiesen wird. Zu der in Artikel 1 Absatz 2 für Liechtenstein gefundenen Sonderregelung siehe den sechsten Absatz des Allgemeinen Teiles. Da die Teilnahme Liechtensteins am EWR entsprechend der im Anpassungsprotokoll zum EWR-Abkommen getroffenen Regelung in zeitlichem Abstand zum Inkrafttreten des EWR-Abkommens und daher auch zur Errichtung der EFTA-Überwachungsbehörde und des EFTA-Gerichtshofs erfolgt, werden bis dahin in der Überwachungsbehörde eine Reihe von Entscheidungen generellen Inhalts getroffen worden sein, deren Geltung sich vorerst nicht auf Liechtenstein erstreckt. Das gleiche gilt für die in der fraglichen Zeit ausgebildete Judikatur des Gerichtshofs. Um hier auch nach der Teilnahme Liechtensteins die Rechtseinheit im EWR zu gewährleisten und erforderlichenfalls für geeignete Ausnahme- oder Übergangsregelungen zu sorgen, wurde als zusätzliche Voraussetzung für das Inkrafttreten des genannten Abkommens für Liechtenstein die Herstellung seines diesbezüglichen Einvernehmens mit den anderen am EWR teilnehmenden EFTA-Staaten (als gemeinsamer „Beschluß“) festgesetzt.

### Zu Artikel 2 und zur Vereinbarten Niederschrift

Dieser Artikel enthält redaktionelle Anpassungen im unterzeichneten Abkommenstext, die sich darauf beschränken, in der Präambel die Anführung der Schweiz als Vertragspartei zu streichen und bei der Legaldefinition des Ausdrucks „EFTA-Staat“ in Artikel 1 (b) des genannten Abkommens klarzustellen, daß darunter nur jene EFTA-Staaten zu verstehen sind, für die das Abkommen in Kraft getreten ist (die notwendigerweise jene sind, für die das EWR-Abkommen gilt). In der Vereinbarten Niederschrift, die entsprechend der Vertragspraxis

des EWR als Bestandteil des Abkommens anzusehen ist, wird eine entsprechende Klarstellung für die in Protokoll 4 des Abkommens (über die Befugnisse und Zuständigkeiten der EFTA-Überwachungsbehörde im Bereich des Wettbewerbs) verwendeten Ausdrücke „EFTA-weite Bedeutung“ und „EFTA-Unternehmen“ vorgenommen.

#### **Zu den Artikeln 3—5**

Zu dem Zeitpunkt, zu dem die EFTA-Überwachungsbehörde und der EFTA-Gerichtshof ihre Tätigkeit aufnehmen, wird sich der EWR auf EFTA-Seite auf Österreich und die nordischen EFTA-Staaten erstrecken. Gemäß dem hier maßgeblichen Grundsatz, daß die Zahl der Mitglieder der EFTA-Überwachungsbehörde und der Richter des EFTA-Gerichtshofs der Zahl der am EWR beteiligten EFTA-Staaten entsprechen soll, war somit eine Verringerung dieser Zahl von sieben auf fünf vorzunehmen. Sobald Liechtenstein am EWR teilnimmt, erfolgt eine Erhöhung (Artikel 5). Daß keine Festlegung auf jeweils sechs Mitglieder ab der Teilnahme Liechtensteins erfolgte, beruht darauf, daß der EFTA-Gerichtshof, soweit am Abstimmungsmodus der einfachen Stimmenmehrheit im Plenum ohne Dirimierungsrecht festgehalten wird, bei Stimmgleichheit entscheidungsunfähig wäre. Ob die Lösung hier zum gegebenen Zeitpunkt durch

eine Änderung des Abstimmungsmodus oder durch die Erweiterung des Richterkollegiums auf sieben gefunden wird, ist offen.

#### **Zu den Artikeln 6 und 7**

Entsprechend der geringeren Zahl von Richtern des EFTA-Gerichtshofs wird das Teilnahmeverfordernis für dessen Entscheidungen von fünf auf drei herabgesetzt (Artikel 6). Ebenso werden die Zahlen der im Dreijahresabstand neu zu besetzenden Richterstellen von drei und vier auf zwei und drei herabgesetzt (Artikel 7). Bei der Erhöhung der Richterzahl anlässlich der EWR-Teilnahme Liechtensteins müßte eine neuerliche Anpassung dieser Artikel erfolgen.

#### **Zu Artikel 9**

Zu der Inkrafttretensklausel des Anpassungsprotokolls (Absatz 3) sowie zur Sonderregelung für Liechtenstein (Absatz 4) siehe oben im fünften und sechsten Absatz des Allgemeinen Teils. Die übrigen Schlußbestimmungen des Anpassungsprotokolls (Absatz 1 und 2) entsprechen inhaltlich jenen des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs.